

# i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 424 03. Dezember 2008

15. Jahrgang

## "Aktuelle" Wirtschaftskrise für die einen, "permanente" Krise für die anderen

Auf der Suche nach Artikeln, welche die aktuelle Finanzkrise aus einer "Südperspektive" beleuchten, sind wir in der guatemaltekischen Internet-Zeitung "albedrío" auf die folgenden beiden Texte gestossen. Deren Autor Mariano González ist Psychologe und hat einen Master in Sozialpsychologie. Er unterrichtet an der Universität San Carlos (USAC) und scheint in seinen Texten und Analysen die Stimmungslage vieler Guatemaltekinnen wiederzugeben.

Es ist unbestritten, dass eine Krise wie die aktuelle Finanzkrise Auswirkungen auf einen grossen Teil der Weltbevölkerung hat. Von Ländern, die bankrott gehen (wie Island), über US-AmerikanerInnen, die ihre Häuser verlieren, bis zu den armen lateinamerikanischen Bauern und Bäuerinnen, die der mangelnde Absatzmarkt für ihre Produkte in den Ruin treibt und deren Probleme sich mit dem Andauern der Krise multiplizieren. Zweifellos trifft es die Leute je nach ihren ökonomischen, politischen und sozialen Voraussetzungen unterschiedlich. So sind denn auch die Unterschiede abgrundtief zwischen den KonsumentInnen des Nordens, deren Kaufkraft abnimmt, und den immer mehr Arbeitslosen in Lateinamerika, Asien oder Afrika, die ihre Familien nicht mehr ernähren können.

In den zentralamerikanischen Ländern, die wirtschaftlich stark von den USA abhängig sind, spürt man weniger den Zusammenbruch der Banken und Versicherungen, sondern vielmehr den Rückgang der Rimessen (Geldrücküberweisungen von migrierten Angehörigen aus dem Ausland, die Red., die eine der wichtigsten Einnahmequellen der Region sind), den Rückgang des Tourismus, den Verlust von Arbeitsplätzen durch die Schliessung transnationaler Unternehmen im Textil- oder Landwirtschaftsbereich und die Erhöhung der Preise von Grundnahrungsmitteln etc. Dies führt zu einer Zunahme von Armut und kann sich auf andere Phänomene auswirken wie zum Beispiel die bereits hohe Delinquenz (speziell in El Salvador, Honduras und Guatemala).

All dies geschieht unabhängig vom Informationsstand, welchen die Regierungen und die Bevölkerung von der Krise haben, und ebenfalls unabhängig von der permanenten Leugnung der Neoliberalen hinsichtlich Ursprung und Auswirkung der Krise. Was zählt, ist der Geldbeutel, und unmerklich schliddert man von der Armut in die extreme Armut. Oder anders: Hunger und Not kümmern sich nicht um Klassifizierungen.

Diese kurze Einschätzung des Kontextes dient als Rah-

men für die alles andere als banale Frage: Was bedeutet die weltweite Wirtschaftskrise für einen verarmten Bauern in einem rückständigen lateinamerikanischen Land? Unsereins kann noch so viel tiefgreifende Informationen und Analysen über die Finanzkrise lesen, doch wir finden uns darin nicht wieder. Je nach Land und je nach Schicht, in der man lebt, kommt man in den Berichten über die Finanzkrise, die Subprime-Hypotheken oder die Bankencrashes schlicht nicht vor.

Könnte man daraus schliessen, dass diese Krise einzig und allein die grossen Ökonomien oder die Ökonomien der "ersten Welt" trifft? Natürlich nicht. Die Antwort auf meine Frage, weshalb unsereins in der Berichterstattung über die Finanzkrise nicht vorkommt, fand ich bei einer befreundeten Ökonomin, welche die Situation treffend beschreibt: "Auf den Alltag von Millionen von verarmten Menschen hat dies alles keine grossen Auswirkungen. Die schlichte und einfache Tatsache ist, dass wir die Krise nicht spüren, weil wir permanent in der Krise leben."

Und tatsächlich ist für die Millionen verarmter Menschen auf diesem Planeten die aktuelle Krise der Finanzzentren nicht weiter auffällig und beeinträchtigt ihren Alltag kaum. Denn Hunger und Misere sind ein natürlicher (oder naturalisierter) Teil ihres Lebens. Oder wie Walter Benjamin in einem anderem Zusammenhang, aber in analogem Sinn und Geist sagte: "Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, dass der ‚Ausnahmezustand‘ in dem wir leben, die Regel ist." Schauen wir die Krise des Finanzsystems einmal aus der Perspektive der permanenten Krise der verarmten Bevölkerung an: Für sie ist die aktuelle Krise nicht eine Krise des Kapitalismus, sondern der Kapitalismus ist ihre permanente Krise. Sie bekommen nichts davon mit, was an der Wall Street geschieht, denn der Hunger von heute ist für sie derselbe wie jener von gestern und jener von morgen.

## Globalisierung und Abkoppelung

Eine Krise, wie sie jetzt in den Vereinigten Staaten und weltweit stattfindet, stellt nicht nur das wirtschaftliche System in Frage, sondern auch die theoretisch-ideologischen Ansätze, welche dieses Modell legitimieren. Die Krise macht die Fehler dieses Systems sichtbar, ebenso die Missverhältnisse und ideologischen Fallen, die darin stecken.

Es gibt eine ganze Tradition kritischer DenkerInnen, die das Funktionieren, die Machbarkeit und die Legitimität des Kapitalismus schon immer in Frage gestellt haben. Die Krise ist eine Gelegenheit, diese Kritik zu vertiefen und auszuweiten und die Fehler und Perversionen des Kapitalismus greifbar zu machen. Es ist eine Gelegenheit, um gewisse "Selbstverständlichkeiten" zu diskutieren, die sich seit dem Fall der Berliner Mauer verbreitet haben, als wären sie "Die Wahrheit".

So war es zum Beispiel eine von den Medien und von den wirtschaftlichen und politischen Eliten weit verbreitete "Selbstverständlichkeit", dass es eine riesige Dummheit sei, sich gegen die Globalisierung zu wehren und mögliche negative Effekte davon überhaupt zu denken. Die Welt, so das selbstverständliche Denken, ist eine globale Welt voller Verbindungen, und wer nicht am Globalisierungsprozess mitmacht, ist verloren und geht zugrunde. Nur marginalisierte und irrende Bewegungen stellten sich gegen die Globalisierung. Man war nicht nur dumm, sondern dachte und handelte anachronistisch und verwehrte sich dem "Fortschritt" und der wirtschaftlichen Entwicklung. Regierende wie Hugo Chávez in Venezuela oder Evo Morales in Bolivien, die sich für eine Verstaatlichung der Ressourcen aussprachen und auf ihre Souveränität pochten, wurden als Demagogen, Einfallspinsel und Ignoranten bezeichnet.

Dies indizierte, dass der Diskurs über die Globalisierung nichts anderes als eine Beschreibung der "globalen Realität" sei. Es war gleichzeitig ein Befehl: "Man muss sich globalisieren!" Über Globalisierung zu reden bedeutete, darüber zu reden, wie die Welt in Wirklichkeit sei, was in der Welt zu geschehen hatte, was die Welt zu sein hatte. Die Ideologie hinter diesem Konzept verdeckte die "globalisierte" Realität.

(...)

Der dominante Diskurs über die

Globalisierung machte aus ihr einen absolut notwendigen - und selbstverständlich wünschenswerten - Prozess. Die Idee war, dass es uns desto besser gehe, je "verbundener" - sprich globalisierter - wir seien.

Was uns die Krise nun zeigt, ist, dass diese "Verbundenheit" und das Globalisiert-sein gefährlich ist, um es sachte auszudrücken. Wer eine radikale Perspektive einnimmt, merkt, dass diese Globalisierung in erster Linie globale Probleme schafft und Auswirkungen hat auf die AfrikanerInnen im subsaharischen Raum, auf die Indígenas in Lateinamerika und auf Millionen von Armen auf der ganzen Welt, die nichts mit dem zu tun haben, was an der Wall Street geschieht. Die "Globalisierung" und die entsprechende Ökonomie verschärfen die Umweltkrise, die unseren Planeten bedroht. Es wird evident, dass dieses ökonomische Modell nicht nachhaltig ist und dass, nebst geopolitischen und sozialen Realitäten, die kapitalistische Euphorie bereits zu lange andauert.

Es zeigt sich heute, dass die Globalisierung in Wirklichkeit ein Prozess der weltweiten Verbreitung des Kapitalismus ist und globale Risiken in sich birgt. Dies hat zur Folge, dass immer mehr Menschen gar nicht "so sehr" globalisiert sein wollen, was wiederum den hegemonialen Diskurs in Frage stellt und alternative Projekte stärkt.

In erster Linie stärkt dies die Position der Linken und der sozialen Bewegungen. Sie spüren seit Jahren die Auswirkungen der Globalisierung und leiden darunter, dass alles zu Handelsgut wird, dass die Produktions- und Konsumsysteme natürliche Ressourcen und Identitäten zerstören und strukturelle Verarmung hervorrufen. Mindestens auf diskursiver Ebene sind sie heute in einer besseren Position innerhalb der Globalisierungsdebatte. Die Idee der Ernährungssouveränität zum Beispiel scheint in diesem Moment an Attraktivität zu gewinnen: Jedes Land soll mindestens die Lebensmittel produzieren können, die zur Ernährung der Bevölkerung notwendig sind, und nicht von Importprodukten abhängig sein, die wegen der Konkurrenz mit den Agrotreibstoffen und wegen der Spekulation verteuert sind. Jede Person soll Zugang zu genügend Nahrung haben. Die Forderung nach "Nahrung für alle" ist zu einer konkreten Alternative geworden und zählt nicht mehr zu den unrealisierbaren

Utopien. Solche Konzepte stärken die Idee der Abkoppelung.

Zweitens beginnen konservative Sektoren wie einige lateinamerikanischen Oligarchien zu merken, dass mit der Globalisierung nicht alles zum Besten läuft. Viele globalisierte Bank- und Kaufhäuser wollen gar nicht mehr derart globalisiert sein. Die Banken eines kleinen Landes wie Guatemala verkünden mit viel publizistischem Aufwand, dass sie keine Risikoinvestitionen im US-Wirtschaftssystem getätigt haben. Sie versuchen ihre SparerInnen damit zu beruhigen, dass sie in die "soliden" Staatsanleihen der USA investiert haben.

Es scheint, dass aufgrund der aktuellen Krise der Globalisierungsdiskurs zu zerbröckeln beginnt. Wer spricht heute noch von den Wohltaten der Globalisierung? Die harte Realität schreit so laut, dass selbst diejenigen, die sich bis heute taub gestellt haben, hinhören müssen. Dies heisst noch nicht, dass die Eliten sich ändern, aber es bedeutet, dass der hegemoniale Diskurs in Frage gestellt wird und dass Modelle wie Abkoppelung und Dezentralisierung überhaupt breiter diskutiert werden können und als wünschenswerte und notwendige Alternative zur Globalisierung gesehen werden können.

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:**  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**

**Postbank Karlsruhe**

**BLZ: 660 100 75**

**Kto.Nr.: 32 95 01-751**

**Redaktion:**

**Barbara Müller**

**Christiane Treeck**

**c-tree@gmx.net**

**Aboverwaltung**

**Ewald Seiler**

**Rahel-VarnhagenStr. 15**

**79100 Freiburg**

**fijate@web.de**

**Jahresabo: 55.- Euro**

**Auslandsabo: 60.- Euro**

**E-Mail-Abo: 50.- Euro**

**Erscheinungsweise vierzehntäglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

**[www.guatemala.de/Fijate](http://www.guatemala.de/Fijate)**

## Alle Jahre wieder: Die Haushaltsdebatte

**Guatemala, 28. Nov.** Sogar noch eine Woche vor dem traditionellen Ultimatum, nach dem der Kongress den Haushalt für das folgende Jahr bis 24 Uhr am 30. November abzusegnen hat, hat es Präsident Álvaro Colom dank vorheriger Vereinbarung, die Sache unter nationaler Dringlichkeit zu behandeln geschafft, seinen Vorstellungen entsprechend die Finanzlage seiner Regierung für 2009 zu sichern.

Nach drei Tagen intensiver Diskussion um die einzelnen Artikel und unverhohlener Kritik seitens Unternehmensverband CACIF und der *Patriotischen Partei* (PP), die der letzten Abstimmung im Plenum denn auch fern blieb, stimmten die Abgeordneten der Regierungspartei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE), *Republikanische Front Guatemalas* (FRG), *Einheit des Nationalen Wandels* (UCN), die *Banada Guatemala* sowie die Partei *Unionistas* für den neuen Etat über 49'723'107'623 Quetzales (ca. US-\$ 6,8 Mrd.). Dagegen stimmten neben den PatriotInnen die Partei *Encuentro por Guatemala*, in Person von Nineth Montenegro und die Partei CASA. Somit stehen der Regierung im nächsten Jahr etwa 13,2% mehr Gelder zur Verfügung als dieses Jahr, in dem sich der Haushalt auf rund 43 Mrd. Quetzales belief.

In der Billigung des Etats inbegriffen - und Grund für die Kritik durch CACIF und PP - ist die Reduzierung der *Solidaritätssteuer* (ISO) von 1,25% auf 1%, die die nach einiger Verlängerung endgültig im Dezember 2008 auslaufende *Ausserordentliche Steuer zur Unterstützung der Umsetzung der Friedensverträge* (IETAAP) ablöst und ein dadurch entstehendes staatliches Einkommensloch von jährlich 2 Mrd. Quetzales füllen muss. Langfristig soll auch die ISO wieder ersetzt werden und zwar durch eine reformierte Einkommenssteuer und einen ausgearbeiteten Steuerpakt, die entsprechenden Verhandlungen sind direkt eingeläutet.

Ein weiterer Dorn im Auge der KritikerInnen ist, dass der gebilligte Etat allein durch vier gleich mit verabschiedeten Krediten und somit zusätzlicher Neuverschuldung über 820 Mio.US-\$ gestemmt werden kann. Der CACIF verurteilt die angekündigte Steuerreform und die Höhe des Gesamthaushaltes als völlig überzogen - gerade auch angesichts der weltweiten Finanzkrise. Die Patriotische Partei verweigert der Haushaltsinitiative ihre Unterstützung mit der Begründung, dass vom laufenden Haushalt 20% noch gar nicht ausgegeben seien. Ausserdem sei die Verschuldung gegenüber der Bevölkerung nicht zu verantworten und würde Programme finanzieren, über die es keine fiskalische

Kontrolle gebe. Der Wink auf den von Coloms Frau Sandra Torres geleiteten *Kohäsionsrat*, über den zahlreiche soziale, aber vor allem palliativ wirkende Sach- und Geldspendenprogramme durchgeführt werden, war nicht misszuverstehen.

Bisher sieht der verabschiedete Etat vor, dass der Kongress 11 Mio. Quetzales mehr für das eigene Konto beantragt und bewilligt hat, die den Verlust der Zinsen durch die bislang abgeschriebenen 82 Mio. ausmachen, die mittels des Aktienhauses MDF hinterzogen worden sind. Das Aussenministerium muss - nicht nur sehr zum Bedauern der USA, die auf die Stärkung der Grenzen zur Eindämmung des Verkehrs von nicht-dokumentierten MigrantInnen und Drogen Richtung Norden gehofft hatten - auf 90 Mio. Quetzales der beantragten Summe verzichten. Und das Verteidigungsministerium bekommt anstatt der bereits vom *Dachverband der indigenen und BäuerInnen-Organisationen* (CONIC) kritisierten 1,21 Mrd. Quetzales sogar mehr als 1,3 Mrd. und hofft gleichzeitig, diesen noch auf die beantragten 2,3 Mrd. aufstocken zu können. Unrealistisch ist dieser Wunsch nicht, weil nämlich das Haushaltspaket auch gleich den Passus beinhaltet, der die Verschiebung von Geldern innerhalb der jetzt aufgestellten Posten je nach Bedarf und "Bedürftigkeit" ermöglicht. CONIC bemerkte zudem, dass der Haushaltsvorschlag keine Rubrik für die Indigenen Völker und eine Landpolitik vorgesehen hat.

Nichtsdestotrotz fand sich auch die CONIC neben Gewerkschaftsverbänden, LehrerInnengremien, indigenen Organisationen und nicht organisierten Gemeinden aus dem ganzen Land ein, um am 18. November zum Kongress zu marschieren und Druck auf den Kongress auszuüben, den von der Exekutive vorgelegten und von der Finanzkommission gebilligten Haushaltsvorschlag zu verabschieden. Am Wochenende zuvor hatten sowohl Colom als auch seine Frau die Bevölkerung noch inständig um Unterstützung zugunsten des Etats gebeten. Und es war an jenem Dienstag wohl auch nicht zu übersehen, dass es sich um eine Demonstration handelte, die von der Regierung initiiert worden war. Ganze Busladungen voller Menschen waren auf Staatskosten herangekarrt und unter einem Vorwand in die Stadt gelockt worden, so die Beschwerde von Gemeindegliedern aus Sololá, die in dem Glauben gelassen wurden, sie müssten zur Klärung von beantragten Projekten in die Hauptstadt. Die Fraktionschefin der *Patriotischen Partei*, Roxana Baldetti, gab nur wenige Tage später bekannt, Unterlagen gefun-

den zu haben, laut denen der Transport und die Verpflegung der Colom-UnterstützerInnen mit Geldern vom Konto des *Friedenssekretariats* (SEPAZ) und aus dem Topf des *Friedensfonds* (FONAPAZ) bezahlt worden seien.

Colom hat mit dieser Aktion tatsächlich eine Gradwanderung unternommen und konnte sich der Kritik nicht entziehen, es handele sich mit dieser Demo-Organisation um eine eindeutige Einmischung der Exekutive in die Belange der Legislative. Colom dagegen betrachtet das Ereignis als Pulsmessung hinsichtlich der Unterstützung, auf die er in der Zivilgesellschaft bauen kann.

Und tatsächlich kann man bei der diesjährigen Haushaltsdebatte von zwei neuen Lagern sprechen, die sich hervortun: Während CACIF und *Patriotische Partei* als Vertreter der konservativen Oligarchie- und Militärfraktion auftreten, steht die Bevölkerung doch mehrheitlich auf Seiten der Regierung.

Nichtsdestotrotz sind in den drei Tagen der permanenten Sitzung im Kongress viele Aspekte andiskutiert worden, wurden jedoch schliesslich offensichtlich "verhandelt" bzw. als Druckmittel durchgewunken. So beinhaltet die Etat-aufstellung Geldzuweisungen für rund 37 Nicht-Regierungsorganisationen, von denen zahlreiche erst kürzlich gegründet worden sind und von denen manche eindeutig mit bestimmten Abgeordneten in Verbindung stehen. An die Öffentlichkeit getragen wurde mindestens ein Zwist zwischen Fraktionschef der UNE Mario Taracena und Nineth Montenegro, wobei Taracena nicht nur Montenegro vorwarf, Druck auszuüben, um den NRO-Artikel zu modifizieren, und gleichzeitig Gelder für die von ihr gegründeten *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) beantragte, die seit Jahren von ihrem Ehemann Mario Polanco geleitet wird. Daraufhin beschuldigte Montenegro Taracena, eine Schmutzkampagne gegen sie zu fahren, sie habe Anrufe von Unbekannten bekommen, die sie einzuschüchtern versuchten. Taracena verteilte daraufhin Kopien des Antrags von Mario Polanco um Unterstützung für zwei Projekte der GAM.

Als das grosse und unter Beweis gestellte Problem bei den Zuwendungen an Nicht-Regierungsorganisationen gilt deren Möglichkeit, als nicht staatliche Akteure die öffentlichen Ausschreibungen und Vertragsprozedere nicht einhalten zu müssen und somit eine attraktive Korruptions- und Vetternwirtschaftsquelle darstellen, von denen die Abgeordneten selbst gerne profitieren.

Den staatlichen Geldern sind dagegen im Haushaltsprojekt offenbar rechts

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

starre Transparenzregeln auferlegt, die bereits von Colom selbst kritisiert wurden, sie sollten doch flexibler gehandhabt werden, um die staatlichen Investitionen zu erleichtern.

Schon vor der Verabschiedung hatte die *Patriotische Partei* angekündigt, Finanzminister Alberto Fuentes Knight zu interpellieren, damit er den Haushalt

rechtfertige und erläutere. Doch obwohl er die kritischen Fragen nicht wirklich überzeugend zu parieren wusste, verzichtete die PP auf ein Vertrauensvotum. So gestand Fuentes Knight selbst ein, dass nicht nur der Etat, der dem Innenministerium zugewiesen ist, gar nicht ausreicht, die Regierungsvorhaben zur Stärkung der Inneren Sicherheit tatsächlich umzusetzen.

Etwas wundern lassen in dem Zusammenhang - aber den guatemaltekischen Politikapparat kennend auch nicht wirklich - die Zusage der staatlichen Subvention des Hauptstädtischen *Transmetro*, dem relativ neuen Busverkehrssystem im Süden der Stadt, und ein als hoher Anteil benannter Posten für Regierungspropaganda bei generell wenig Kontrollmechanismen.

## 15-Jahre-Blanko-Scheck für Erdölförderung?

**Guatemala, 21. Nov.** Noch hat der Präsident die Chance einzugreifen, obliegt es ihm ja ohnehin, vom Kongress verabschiedete Gesetze entweder abzusagen oder aber sein Veto einzulegen. Es geht um das kürzlich gebilligte Gesetz, das den *Erdölfonds* (FONPETROL) schaffen wird. Die Initiative war von der Regierungspartei eingereicht, doch schliesslich von Colom in Frage gestellt, es sei auf die Schnelle durchgewunken worden. Ihre Stimmen dafür gaben die UNE, die *Patriotische Partei*, die *Unionistas*, CASA, die GANA und *Bienestar Nacional*. "Ich hatte vorgegeben, das Thema der Konzessionen draussen zu lassen, aber am Ende haben sie es doch mit hineingenommen", beschwert sich Colom.

Das Gesetz bezieht sich, wie sein Name besagt, auf den Umgang mit den guatemaltekischen Erdölvorkommen. Es sieht vor, dass künftig 5% des Gewinns an alle *Departementalen Entwicklungsräte* (CODEDES) gehe, 20% stünden zusätzlich den CODEDES in den von der Erdölförderung betroffenen Regionen zu, und 3% solle in den Umweltschutz investiert werden. Und: Das Gesetz sieht vor, die laufenden Erdölförderverträge um 15 Jahre zu verlängern.

Schon die ursprüngliche Fassung des Gesetzes war heftig kritisiert worden, sie sah die Gewinnverteilung unter den Gemeindeverwaltungen (Munizipien) vor und die Laufzeitverlängerung um 25 Jahre.

Zugute käme diese Perspektive

unter anderem dem Erdölfeld *Xan*, das sich im Schutzgebiet der *Maya-Biosphäre* im Departement Petén befindet und in Konzession der französischen, in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern tätigen Erdölfirma *Perenco* steht, die 2010 ausläuft. Würde das Gesetz die Konzession nicht automatisch verlängern, könnte sie nicht erneuert werden aufgrund ihrer Lage im Schutzgebiet, das nach Lizenzvergabe deklariert wurde.

Yuri Melini, Direktor der Umweltschutzorganisation CALAS bedauert die Art und Weise, wie das Gesetz von den Abgeordneten verabschiedet wurde. "Wir hoffen, dass der Präsident sein Veto einlegt; wenn nicht, werden wir überlegen, vor das Verfassungsgericht zu ziehen", kündigt Melini an.

## Niemand will das Wasserkraftwerk Xalalá bauen

Anfänglich zeigte sich das Institut für nationale Elektrifizierung (INDE) optimistisch und erwartete Offers von neun Unternehmen, die sich um die Realisierung des Wasserkraftwerks in Xalalá (CHX) bewerben würden. Doch am Stichtag, dem 6. November, reichte keines der Unternehmen ein Angebot ein. Verantwortlich gemacht wird nun vom INDE-Verantwortlichen, Alberto Cohen, die internationale Finanzkrise, die zu Liquiditätsproblemen und teuren Krediten geführt habe. Gemäss Cohen wäre eine Investition in Xalalá nämlich ein gutes Geschäft gewesen, die Planung war bereits so weit fortgeschritten, dass mit einer Inbetriebnahme des Wasserkraftwerks im Jahr 2013 gerechnet werden konnte.

Doch es gibt auch Stimmen, die andere Gründe als die Finanzkrise für den Rückzug der interessierten Unternehmen nennen. In der lokalen Presse hiess es z.B., dass Luiz Sergio de O. Ferreira, der guatemaltekische Repräsentant des brasilianischen Unternehmens Construtora Norberto Odebrecht, andeutete, sein Unternehmen habe Risiken festgestellt auf sozialer, ambientaler und finanzieller Ebene. Zwar verwies er auch auf die Finanzkrise, doch waren offenbar soziale Probleme ausschlaggebend, hiess es

doch in den Projektvorgaben der guatemaltekischen Regierung, dass die "Beziehungspflege mit den betroffenen Gemeinden" Sache des Auftragnehmers sei.

Die "Beziehung der betroffenen Gemeinden" zu dem Projekt ist jedoch sehr konfliktiv. Nicht zuletzt wegen ihres Widerstandes wurde das ganze Ausschreibungsverfahren um zwei Jahre verzögert und es mussten mehrmals die Projektvorgaben modifiziert werden. Im April 2007 führte die Gemeinde Ixcán, Quché, in ihren Dörfern eine Volksbefragung zum Wasserkraftprojekt durch, bei der sich Tausende von Personen gegen dieses sowie gegen die Ölförderung in ihrer Region aussprachen. Kein Wunder: 17 Dörfer würden durch die in den Flüssen Chixoy und Copón zu bauenden Staumauern überflutet.

Das Wasserkraftprojekt CHX wurde unter der Regierung von Oscar Berger angedacht und von der aktuellen Regierung von Alvaro Colom intensiv vorangetrieben. Die Baukosten werden auf 350 bis 400 Mio. US-\$ geschätzt, das Projekt soll eine jährliche Produktion von 181 Megawatt haben. Seine Staumauer soll 82 Meter hoch sein und die dadurch gestaute Wassermenge eine Fläche von 7 km<sup>2</sup> haben. Dadurch sollen jährlich 2,1

Mio. Barrel Erdöl und Ölderivate eingespart und die Emission von 240 Mio. Tonnen Schadstoffen verhindert werden. Nach 30 Jahren Betrieb, während denen das investierende Unternehmen die Gewinne einfährt, soll das Projekt an INDE übergeben werden.

Trotz des gescheiterten Ausschreibungsverfahrens gibt sich das INDE nicht geschlagen und kündigte an, die Zeit zu nutzen und während der nächsten zwei Jahre die für den Bau noch notwendigen Studien durchzuführen. In dieser Zeit würde entschieden, ob der Bau nochmals ausgeschrieben werde oder ob man versuche, von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IADB) oder von der Weltbank die entsprechenden Kredite zu bekommen, damit der guatemaltekische Staat selber bauen könne. Auch das "mexikanische Modell" der Öffentlich-Privaten Partnerschaft werde nochmals geprüft, gemäss dem ein Privatunternehmen baut und nach sechs Jahren Betrieb das Wasserkraftwerk an den Staat übergibt, der mit den Einnahmen aus der Energiegewinnung seine Schulden abzahlt. Doch um dies umzusetzen, müsste der guatemaltekische Kongress ein entsprechendes Gesetz bewilligen, das diese Öffentlich-Privaten Partnerschaften regelt.

## Falsche Wanzen

**Guatemala, 28. Nov.** Die Anklage wegen Spionage, die Präsident Álvaro Colom am 4. September erhob, aufgrund derer seitdem Carlos Quintanilla, der nun ehemalige Chef der *Präsidentialen Sicherheit* (SAAS), sowie Gustavo Solano, der somit ebenfalls ehemalige Leiter des Geheimdienstes SAE, flüchtig sind, ist gerade dabei, sich auf das Vergehen wegen unterlassener Pflichterfüllung zu reduzieren. Denn die ermittelnde Staatsanwaltschaft hat inzwischen festgestellt, dass die vermeintlichen Wanzen und Minikameras, die in den verschiedenen Arbeitsräumen des Präsidenten lokalisiert wurden, wahrscheinlich falsch sind und unklar ist, ob sie überhaupt Bilder und Geräusche übertragen können.

Der für das organisierte Verbrechen zuständige Staatsanwalt Rony López bestätigte, dass noch auf einen abschliessenden Untersuchungsbericht des US-amerikanischen FBI gewartet wird, das im September gleich einige Leute zur Unterstützung der Ermittlungen nach Guatemala entsendet hatte. Von dessen Ergebnis hänge die Änderung des Anklagegrundes zugunsten der Staatsfunktionäre ab.

"Kein Laden und keine Firma haben die Chips identifiziert oder bestätigt, sie produziert zu haben, der Bericht wird zeitigen, welche Funktion die Teile geleistet haben. Auch wenn sie gefälscht sind, aber dennoch ihren Abhörzweck erfüllen, ist das Verbrechen der

Spionage untermauert, so López.

Die Staatsanwaltschaft hatte wenige Tage nach der Entdeckung der Apparate Haftbefehle gegen Quintanilla und Solano erlassen und sie des Verbrechens gegen die Nationale Sicherheit beschuldigt.

Derweil herrschen in der Zivilgesellschaft Zweifel vor. Helen Mack Chang, Direktorin der *Myrna Mack-Stiftung*, ist der Ansicht, es sei offenkundig, dass Quintanilla "alles und die Achillesferse von und über Colom kennt", deswegen bieten sie ihm den politischen Ausweg, um ihm wegen eines nicht so schweren Delikts den Prozess zu machen. Gleichwohl hofft Mack darauf, dass der Bericht des FBI schlagkräftige Beweise beinhaltet, um die Anklage wegen Spionage zu erhärten.

Sie wies darauf hin, dass der Präsident nach den Enthüllungen im September auf die Entlassung von Quintanilla gedrängt habe, obwohl die Zivilgesellschaft und die internationale Gemeinschaft schon lange Druck auf die Regierung ausgeübt hatte, sich von dieser "dunklen Gestalt" zu trennen.

Durch die Verzögerung zwischen den Funden der Apparate und der Ausstellung der Haftbefehle, konnte Quintanilla der Verhaftung bislang entgehen. Bei mehr als 20 Hausdurchsuchungen, die zum Teil parallel in verschiedenen Gebäuden stattfand, wurden 200 Stück Munition für ein Maschinengewehr AK-

47, 12 Patronenlager für 9mm-Pistolen, Sprengkörper, ein Tresor und drei Fahrzeuge, darunter ein gepanzerter Mercedes Benz sichergestellt. Auf seinen Antrag hin, den Haftbefehl gegen seinen Mandanten aufzuheben, erhielt Quintanillas Verteidiger Hugo Emilio Marroquín den Termin für eine Anhörung mit dem Richter genannt, der die Verhaftung angeordnet hatte. Ganz ist die Sache also noch nicht vom Tisch.

Für den Kolumnisten Karl Yván Arévalo der Tageszeitung *Siglo XXI* bestätigt die Entwicklung derweil seine wenige Tage nach dem Publikwerden des Skandals bereits geäusserte Vermutung, die ganze Geschichte sollte lediglich als Ablenkmanöver erhalten, und die Aufmerksamkeit von Präsident Colom und seiner Gattin Sandra Colom für eine Weile abzuziehen. "Ein erstes Argument zugunsten dieser Theorie ist die Notwendigkeit, dass Álvaro Colom und seine Frau die Oberhand gewinnen müssen angesichts der aktuellen Vorkommnisse, die nicht zu ihren Gunsten verlaufen. Die Information zu verbreiten, illegal überwacht zu werden, lässt sie als Führungspersonen erscheinen, die wichtige Dinge tun. Und nebenbei (...) leiten sie den Blick des Bürgers und der Bürgerin weg von der Eskalation von (...) Entführungen, Morden, Autodiebstählen und anderen Verbrechen" - lauteten am 12. September Arévalos Zeilen.

## Guatemala liegt mit an der traurigen Spitze

**Guatemala, 27. Nov.** Nach Honduras und Belize liegt Guatemala auf dem dritten Platz in Zentralamerika hinsichtlich der höchsten Zahlen von infizierten Personen mit HIV/ Aids, berichtet Mariel Castro, Direktorin des Nationalen Aids-Programms vom Gesundheitsministerium. Laut Castro gibt es insgesamt 16'895 bestätigte HIV/ Aids-Fälle im Land, 5'251 davon sind HIV-Infektionen und 11'648 Personen sind an Aids erkrankt.

Doch selbst die Dunkelziffern, die das Ministerium angibt, belaufen sich auf rund 41'000 Personen mit der Krankheit. Laut UN-Aids-Programm sind die Daten noch einmal anders gelagert: Demnach sollen allein in 2007 16'000 neue Fälle gemeldet worden sein. Und die geschätzten Zahlen besagen, dass etwa 60'000 Guatemaltekinnen mit HIV/ Aids leben.

Unabhängig von den regelmässig vorgebrachten Klagen und Beschwerden der Betroffenen, vornehmlich vor

dem Menschenrechtsprokurat (PDH), ihnen würde die medikamentöse Behandlung verweigert, behauptet Castro, dass von den registrierten Fällen nur knapp die Hälfte, 8'560 Personen eine Antiretrovirale Behandlung bekommen, 750 Kinder sind darunter. Gemäss der Funktionärin würden die übrigen Betroffenen nicht eingestehen, dass sie erkrankt sind oder unterlassen aus anderen Gründen, in die Sprechstunden zu kommen. Zwischen 80 und 90 Mio. Quetzales würde das Ministerium jährlich für die Medikamente ausgeben, so Castro.

Auch auf dem Sozialforum im Oktober wurde das Thema HIV/ Aids unter einer multikulturellen Perspektive problematisiert und verdeutlicht, dass die auch von Castro benannte Asymmetrie sich vor allem zu Ungunsten auf die Bevölkerung auf dem Land auswirkt. So berichtet Ángel Solval von der Privatklinik Ica, dass 80% der auf dem Land registrierten Infektionen und Aids-Erkrankungen indigene Personen betrifft und

eben nicht, wie so oft polemisiert, homosexuelle Männer oder Sexarbeiterinnen. Dennoch habe das Gesundheitsministerium bislang noch keine speziellen Programme aufgestellt, die dieser Bevölkerungsgruppe zu Gute komme.

Laut Solval ist die Situation der ländlichen indigenen Gemeinden hinsichtlich HIV und Aids vergleichbar mit ähnlichen Regionen in ganz Lateinamerika: Es gibt keinen Zugang zur notwendigen Behandlung, der ministeriale Haushaltsposten wird konzentriert in den urbanen Gegenden und setzt Regelungen durch, die nicht auf ihre Alltagsrealität abgestimmt sind. Besonders die indigenen Frauen sind hinsichtlich Medikamentenzugang und Aufklärung stark benachteiligt.

Demgegenüber sind die Gemeinden geprägt durch ihre Solidarität untereinander und ihre soziale Organisation. Genau diese Vision müsse für den Kampf gegen HIV und Aids aktiviert werden, so der Mediziner.

## Der nicht deklarierte Krieg

**Guatemala, 25. Nov.** Anstelle der jährlichen Beschreibung der Demonstration von Frauenorganisationen am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, geben wir den Kommentar von Marielos Monzón in der Tageszeitung *Prensa Libre* wieder.

"Angesichts der schrecklichen Zahlen der Morde, Vergewaltigungen, sexuellen Übergriffe, häuslicher Gewalt und schwerer Verletzungen an Frauen können wir folgern, dass dem Leben der Frauen in unserem Land kein Wert gebührt. Als ob unser Leben und unsere Sicherheit egal seien, die Morde und Gewalt allein unser Problem seien und wir schauen müssten, wie wir es lösen.

In Guatemala wird die Gewalt an Frauen gerechtfertigt als Teil der Kultur und der "natürlichen" Beziehungen zwischen Männern und Frauen; ausserdem wird immer wieder versucht, sie als häusliches und privates Problem darzustellen, weswegen ein Mantel des Schweigens und der Straflosigkeit darüber gebreitet wird. Bedeckt wird davon der Polizist, der die angegriffene Frau, die Anzeige erstatten will, fragt: "Was haben Sie angestellt, dass ihr Mann sie so übel zurichtet?", und der Abgeordnete, der ihr sagt, sie solle zum Frauenausschuss gehen, da es eine "Frauen-Angelegenheit" sei, wobei sie am Richter vorbeimuss, der der häuslichen Gewalt bezichtigt wird und einfach nur in einen ande-

ren Gerichtsbezirk versetzt wird.

Als wenn das noch nicht genug wäre, müssen die vergewaltigten Frauen zusätzlich die Schuld tragen für das, was mit ihnen passiert, der schreckliche Ausdruck "Verbrechen aus Leidenschaft" ist an der Tagesordnung und rechtfertigt den Täter; dazu kommen die Argumente, sie "habe einen Minirock getragen" oder sie "stand in Verbindung mit den Jugendbanden", als ob das ausreichende Gründe dafür wären, eine Frau zu ermorden, anzugreifen oder zu schlagen.

Statt dass die Gewalt an Frauen zurückgeht, nimmt sie zu und versetzt Guatemala weit weg von Ländern, die sich für zivilisiert halten können. Laut Angaben der Polizei wurden zwischen Januar und Oktober 568 Frauen ermordet, bis August wurden zusätzlich 681 Frauen schwer verletzt. 80% der Morde und 72% der Übergriffe wurden mit Schusswaffen verübt. Die meisten Leichen der Frauen weisen Spuren von Vergewaltigung, Folter oder Verstümmelung auf, woran wir den Hass erkennen, mit dem diese Verbrechen begangen werden. Und es erlaubt uns zu behaupten, dass, was in diesem Land passiert, nichts anderes als Femizid ist: der gewaltsame Tod von Frauen, weil sie Frauen sind.

Obwohl zwischen 2001 und 2008 3'853 Morde an Frauen begangen wurden, sind bloss 52 Verurteilungen ergan-

gen. Guatemala scheint ein Paradies der Straflosigkeit geworden zu sein für diejenigen, die sich der Aufgabe widmen, Frauen anzugreifen, zu vergewaltigen, zu belästigen und zu ermorden. Im gleichen Zeitraum sind im Krieg in Afghanistan weniger als 1000 US-amerikanische SoldatInnen ums Leben gekommen. Es ist also gefährlicher eine Frau in Guatemala zu sein, als gegen Al-Qaida zu kämpfen.

Aber es kann einfach nicht sein, dass die Dinge so weiterlaufen und immer schlimmer werden, dass die Antwort auf die Gewalt an Frauen Gleichgültigkeit und Schweigen ist. Es ist unabdingbar, die Problematik der Gewalt an Frauen in einer ganzheitlichen, sofortigen und interdisziplinären Weise anzugehen. Es muss endlich eine Kultur des Anzeigerstattens und der Null-Toleranz gegen Gewalt gefördert werden, Präventionsarbeit geleistet werden durch massive Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen. Die gültigen Gesetze, besonders die zum Femizid und anderen Formen der Gewalt, müssen angewendet und neue - wie das Waffen- und Munitionsgesetz - verabschiedet werden, die dazu beitragen, das Problem zu beseitigen und nicht, es zu verschlimmern.

Die Gewalt gegen Frauen ist nicht naturgegeben und darf nicht toleriert werden. Es ist an der Zeit, unsere Stimmen zu erheben für das Leben und die Sicherheit der Frauen."

## Guatemala muss sich für Dos Erres verantworten

**Guatemala, 26. Nov.** Die *Interamerikanische Menschenrechtskommission* (CIDH) hat dem Antrag von Familienangehörigen der Opfer des Massakers von Dos Erres, Sayaxché, Petén, stattgegeben, den guatemalteckischen Staat vor dem *Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof* (CorteIDH) zu verklagen. Er habe nicht die Empfehlungen umgesetzt, die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen und zu verurteilen. Zu diesen Aufgaben hatte sich der Staat im Jahr 2000 vor der CIDH in einer so genannten Freundschaftsvereinbarung gegenüber den Angehörigen verpflichtet. Zu dieser lädt die Kommission, bevor es - bei Verweigerung oder nicht zu erreichender Einigung - zu einem Gerichtsprozess kommen kann.

Bereits 1994 hatte die *Vereinigung der Angehörigen von Festgenommenen und Verschwundenen in Guatemala* (FAMDEGUA) die Exhumierung von einem Massengrab erreicht, in dem zumindest 162 Opfer gefunden wurde. Daraufhin wurden 16 Militärs beschuldigt, zu den mutmasslichen Tätern des Massakers zu gehören, das im Dezember 1982 von einer Kaibil-Einheit an rund 300 Personen, darunter Männer, Frauen und

Kinder, in Dos Erres verübt worden ist.

Dieses Massaker gilt als eines der bestdokumentiertesten Gewaltverbrechen während des internen bewaffneten Konflikts und im Rahmen der "Politik der verbrannten Erde" unter der Regierung von Efraín Ríos Montt. Nichtsdestotrotz wurde der entsprechende Rechtsprozess seither kontinuierlich behindert durch bereits 35 Einsprüche staatlicherseits und sogar tendenziöse Entscheide von Seiten des Verfassungsgerichts, bestimmtes Beweismaterial im Prozess nicht zuzulassen. (¡Fijáte! 328)

Laut der Anwältin des Prozessführenden *Zentrums für Justiz und Internationales Recht* (CEJIL), Marcela Martino, habe der guatemalteckische Staat durchaus einige der Empfehlungen, die damals von der CIDH gegeben wurden, befolgt. So gebe es Angebote psychosozialer Betreuung, die aber unzureichend seien, was die Anzahl der betreuten Personen angeht, und die sich auf die Stärkung des Selbstbewusstseins beschränke, ohne das Thema der politischen Gewalt zu benennen. Darüber hinaus wurden die übernommenen Verpflichtungen, zu ermitteln, die Verantwortlichen zu identifizieren und sie zur

Rechenschaft zu ziehen, vom Staat völlig vernachlässigt, so Martino.

Diese Faktoren sowie die zahlreichen Verletzungen der grundlegenden Rechte der Betroffenen auf ihrem Weg zur Justiz sind ausschlaggebend dafür, dass die *Interamerikanische Menschenrechtskommission* den bereits 2006 gestellten Antrag akzeptiert hat, die Freundschaftsvereinbarung für obsolet zu erklären und den guatemalteckischen Staat nun vor dem *Interamerikanischen Gerichtshof* zu verklagen.

Der Fall wurde von der CIDH, CEJIL und den Familienangehörigen Mitte November vor dem Gericht eingereicht. Nun hat der Staat bis Ende Januar 2009 Zeit, seinen Verpflichtungen nachzukommen oder aber er muss sich für den festgestellten Rückschritt im Prozess verantworten.

Das Massaker von Dos Erres ist der einzige Fall im ganzen Land, wo Überlebende der Gräueltaten bestimmte Militäranghörige als Hauptverantwortliche für die Tode identifiziert haben. Die vom Staat eingereichten Rekurse zeugten von der Komplizenschaft zwischen dem Justizapparat und den Tätern, unterstrich die Anwältin von CEJIL.